

Die erste: Volksparteien müssen darauf verzichten, mit Klientelparteien in einen Wettkampf um Wählergruppen zu treten, sich gar gegenseitig im Lobbyismus für wirtschaftliche Interessengruppen und sei es (in Baden-Württemberg), die Autoindustrie zu übertreffen oder der jeweils nächsten Stammtischwahrheit aufzusitzen. Auch Koalitionsspiele sind kein Ersatz für Sachpolitik. Volksparteien wenigstens müssen den Mut aufbringen, politische Prioritäten, wie sie sich aus Wirtschaftlichkeit wie aus Gerechtigkeitsgründen aufdrängen (Paradebeispiel Steuerpolitik), selbst zu setzen und die selbstgesetzten Prioritäten in Wahlkämpfen auch durchzuhalten.

Die zweite, die mindestens machtpsychologisch noch schwe-

rer zu realisieren ist: Parteien werden sich zu einem weniger kurzatmigen Umgang mit der Macht durchringen müssen. Wer eine Mehrheit langfristig sichern will, sollte es aufgeben, nur auf Koalitionen zu starren. Vielmehr wird er den Mut haben müssen, eine eigene Mehrheit auch einmal unter Inkaufnahme des Risikos anzustreben, daß er zwar beim Wähler halbwegs gut abschneidet, es aber zum Regieren einmal nicht reicht. Wer aber aus Angst vor Machtverlust von vornherein auf Koalitionen setzt, nimmt die stufenweise Erosion der eigenen Macht bzw. der eigenen Mehrheitsfähigkeit in Kauf und verliert die Macht auf Dauer, auch wenn es der koalitionsverliebte Wähler so gar nicht will.

David Seeber

Gewalt gehört zum Alltag

Der Terrorismus im Nahen Osten und seine Bekämpfung

Terroranschläge gegen den Friedensprozeß zwischen Israel und den Palästinensern, islamistischer Terror in Algerien, der Iran als Unterstützer terroristischer Aktionen: Im Nahen Osten ist der Terrorismus auf der Tagesordnung. Der Antiterrorgipfel vom März in Sharm al-Shaikh zeigte allerdings, daß die Bereitschaft zur Kooperation gegen den Terror in der Region zugenommen hat. Unser Autor Hanspeter Mattes arbeitet am Orientinstitut in Hamburg.

Die Bombenanschläge von Hamas-Aktivisten im Februar und März 1996 in Israel mit dem Ziel, die aus ihrer Sicht ungerechte Nahostfriedenslösung zu torpedieren, und die als Antwort auf diese terroristischen Akte vom amerikanischen Präsidenten *Bill Clinton* und dem israelischen Ministerpräsidenten *Shimon Peres* verabredete Initiative zur kurzfristigen Durchführung eines Antiterrorgipfels – wie er sich im ägyptischen Sharm al-Shaikh am 13. März 1996 konkretisierte – haben in der europäischen Öffentlichkeit den Blick verstärkt auf ein Problem gelenkt, das in der Nahostregion seit langem zum Alltag gehört und höchstens seine Intensität und seinen Charakter im Laufe der letzten Jahre modifizierte. Eine Untersuchung des nahöstlichen Terrorismuskomplexes zeigt schnell, daß dessen Komplexität weit über die palästinensisch-israelische Dimension hinausreicht. Sie zeigt aber auch, daß eine Terrorismusbekämpfung nicht erst seit den negativen Rückwirkungen der Bombenattentate auf den Nahostfriedensprozeß in den Mittelpunkt gerückt ist, sondern bereits nachweislich seit 1990 zu verstärkten bi- und multilateralen Initiativen der Terrorismusbekämpfung auf der Ebene der Polizei-/Sicherheitschefs und Innenminister in Nordafrika und Nahost geführt hat, zu denen eine sich zunehmend verstärkende vertikale Kooperation mit Behörden und Institutionen in Staaten der Europäischen Union hinzukommt. Die entsprechenden Erklärungen im Schlußkommuniqué der Europa-Mittelmeer-Konferenz (Barcelona, 27.–28. 11. 1995) sind dafür ein Indiz.

Seit Ende der sechziger Jahre nahmen terroristische Aktionen nahöstlicher, überwiegend palästinensischer Gruppen eine internationale Dimension an, um in den achtziger Jahren einen Höhepunkt zu erreichen. In den „Spitzenjahren“ 1980–1985 wurden insgesamt 233 terroristische Akte (inklusive staatlich anberaumte terroristische Akte gegen Oppositionelle im Ausland) gezählt, für die Gruppen nordafrikanischer/nahöstlicher Provenienz verantwortlich zeichneten; 144 Anschläge davon hatten einen palästinensischen Ursprung. Die Mehrzahl der Anschläge richtete sich gegen US-amerikanische und europäische Ziele. Allein im Jahr 1985 fanden z. B. insgesamt 75 Anschläge in 14 europäischen Staaten statt und forderten 65 Tote und 529 Verletzte.

Der sich wandelnde Charakter eines alten Phänomens

Nicht nur der Nahe Osten galt jedoch wegen des palästinensischen Ursprungs zahlreicher Anschläge für die USA und die europäischen Staaten als „Sicherheitsproblem“; auch nordafrikanische Staaten wie Algerien und Libyen wurden als Sicherheitsproblem eingestuft, zum einen weil sie in den siebziger und achtziger Jahren radikale palästinensische Organisationen unterstützten und – wie vor allem Libyen – weltweit Gruppen (mit-)finanzierten, zu deren Strategien bewaffnete Aktionen zählten; zum anderen, weil sie darüber

hinaus selbst Staatsterrorismus im Ausland praktizierten; erinnert sei an die in den Jahren 1980–1985 von der libyschen Führung sanktionierte Liquidierung von mindestens 37 Oppositionellen durch Revolutionskomiteemitglieder in europäischen Hauptstädten.

In den achtziger Jahren erweiterte sich der Kreis derjenigen, die Terrorismus als Mittel zur Erreichung spezifischer politischer Ziele einsetzten. Kann für die sechziger und siebziger Jahre – grob klassifizierend – von mehrheitlich (säkular) „nationalistisch“ inspirierten Taten und Zielsetzungen gesprochen werden, ist seither eine wachsende Tendenz zu *religiös-moralisch begründeten* politischen Akten zu verzeichnen. Entsprechend dieser Verschiebung ist heute in Nordafrika nationalistischer Terrorismus kaum noch anzutreffen, doch heißt dies nicht, daß er gänzlich aus der Region verschwunden ist. Im Nahen Osten tritt er gerade in den letzten Jahren in Form von Aktionen und Drohungen der Arbeiterpartei Kurdistans (der PKK) unter ihrem Generalsekretär Öcalan verstärkt auf.

Der amerikanische Politologe *John W. Amos* stellte im Zusammenhang mit der Untersuchung des nahöstlichen Terrorismus als zusätzliches neues Element einen abnehmenden „Professionalismus“ und die Zunahme der „Amateure“, d. h. weniger gut ausgebildeter und disziplinierter, dafür um so opferbereiterer Personen unter den Mitgliedern terroristischer Gruppen fest. Ihre Zunahme setzt Amos in Korrelation zu einer breiteren Streuung der Angriffsziele und der anvisierten Opferkategorien. Diese strukturellen Veränderungen bei den terroristischen Gruppen können mit der dem Terrorismus inhärenten Dynamik erklärt werden, sie stehen jedoch auch in bezug zu dem Aufschwung jener offensiven politischen Bewegungen in Nordafrika und dem Nahen Osten in den achtziger und neunziger Jahren, deren absoluter Wahrheitsanspruch die Instrumentalisierung von Einzelnen bis zur Selbstopferung für ein „gottgefälliges“ (moralisch-sittlich einwandfreies, Jenseitsbelohnung in Aussicht stellendes) Ziel ermöglicht. Diese Entwicklung geht sogar so weit, daß islamistische Prediger in Fatwas Selbstmordattentate rechtfertigen und zum Heldentum („Bomben fürs Paradies“) verklären.

Ihren Aufschwung verdanken die offensiven politischen Bewegungen u. a. den extremistischen, religiös-begründeten Positionen, der aggressiven und moralisierenden Rhetorik und den Visionen einer „besseren Welt“, wie sie die islamischen, jüdischen und christlichen fundamentalistischen Bewegungen entwickelten. Während in Nordafrika die islamische Variante, im folgenden Islamismus genannt, dominiert und besonders in Algerien und Ägypten innenpolitische Konflikte auslöste, werden die innenpolitischen und zwischenstaatlichen Problemlagen im Nahen Osten kompliziert durch das Aufeinandertreffen zweier Fundamentalismen, die extremistische, d. h. gewaltbereite Fraktionen besitzen. Die islamistische Variante steht wegen ihrer internationalen Dimension und wegen ihrer in den nordafrikanischen und nahöstlichen Staaten ausgeprägten innenpolitischen Auswir-

kungen im Mittelpunkt der bisherigen Antiterrorismusbestrebungen im südlichen Mittelmeerraum, während die jüdischen terroristischen Gruppen bislang ein fast ausschließlich nationales israelische Problem sind.

Nach räumlichen Aktionszentren dominieren gegenwärtig *drei Kategorien von Akteuren* den nahöstlichen Terrorismus: Erstens der an den Nahostkonflikt bzw. das Palästina-Problem gebundene Terrorismus extremistischer jüdischer und palästinensischer (islamistisch-orientierter) Akteure. Besonders aktiv seit Beginn der Friedensverhandlungen mit Israel ist der bewaffnete Flügel der islamistischen Hamas und der Jihad-Organisation; andere Organisationen, wie die z. B. aus der PLO entstandene (säkular-nationalistische) PFLP, die nicht den Friedensprozeß als solchen, sondern das Oslo-II-Abkommen ablehnen, verzichteten auf Gewaltaktionen; allerdings definiert die PFLP – wie auch die Hizballah und weitere Organisationen – die terroristischen Akte der Hamas gegen Israel als „Akte des Widerstandes“. Terroristische Aktionen der palästinensischen Organisationen Hamas und Jihad sowie der vom Südlibanon aus gegen Israel aktiven libanesischen schiitischen Hizballah dienen (im momentanen Stadium) diesen Organisationen als Kampfstrategien gegen den „äußeren Feind“ bzw. den „Kolonisator“, um die Friedensverhandlungen zu torpedieren.

Zweitens der Terrorismus der in den nahöstlichen arabischen Staaten und in den nordafrikanischen Staaten Algerien und Ägypten besonders aktiven islamistischen terroristischen Gruppen, deren Ziel die (nationale) ordnungspolitische Umgestaltung und die Durchsetzung der (islamistischen) Machtübernahme ist. Ihre terroristischen Aktionen richten sich in erster Linie gegen den „Feind im Innern“ und waren der Auslöser für die innerarabische Bereitschaft zur Antiterrorismuskoooperation. Drittens die terroristischen Aktionen „arabischer Afghanen“ und islamistischer Organisationen und Gruppen im nichtarabischen Ausland als Rache für dort ergriffene Gegenmaßnahmen; zu dieser Kategorie gehören z. B. Anschläge im Auftrag der algerischen *Groupes Islamiques Armés (GIA)* in Frankreich im Sommer 1995 zur „Bestrafung“ wegen der französischen Kooperation mit der algerischen Staatsführung oder der Anschlag „arabischer Afghanen“ auf die ägyptische Botschaft in Islamabad im November 1995 wegen der Ausweisung von „arabischen Afghanen“ nach Ägypten durch die pakistanische Regierung.

Ideologische Verankerung des nordafrikanischen und nahöstlichen Terrorismus

Das Gros terroristischer Gruppen in Nordafrika und Nahost rekrutiert sich aus den islamistischen Bewegungen dieser Regionen. Wenn auch nicht alle islamistischen Organisationen und Gruppen zur Gewalt aufrufen bzw. Gewaltbereitschaft zeigten, so ist ihnen in der Regel eine zweideutige und zwiespältige Haltung zur Gewalt eigen, die dazu führte, daß

sich viele Führungskader dieser Gruppen weder dezidiert von Gewalt als politischem Mittel distanzieren noch Gewaltakte der terroristischen islamistischen Gruppen verurteilen. Statt dessen wird von vielen Führungskadern Gewalt, die von islamistischen Gruppen ausgeübt wurde, als legitimer Widerstand gegen eine ungerechte, unislamische Ordnung interpretiert. Die zur Umsetzung ihrer politischen Ziele Gewalt befürwortenden und ergreifenden Gruppen und Organisationen rechtfertigen ihre Haltung mit einer entsprechend angepaßten *Interpretation der religiösen Lehre*. Inhärent ist diesen islamistischen Positionen, daß sie von einem Anspruch auf moralisch-sittliche Verbesserung der Gesamtgesellschaft ausgehen. Als in der Regel relativ „schwache“ Gruppe im straff kontrollierten, autoritären Staat (Ausnahmen sind der Iran seit der „islamischen Revolution“ 1979 und der Sudan seit dem Militärputsch islamistischer Offiziere 1989), die angesichts der Übermacht des staatlichen Sicherheitsapparates keine direkte politische Konfrontation wagen, und ihren politischen Machtanspruch (Machtwechsel und staatliche wie gesellschaftliche Umorganisation) nicht ohne Gewalt umsetzen kann, stellt sich die terroristische Aktion als einzig adäquates Druckmittel gegenüber der Staatsmacht dar.

Dies um so mehr, als die gewaltbereiten islamistischen Gruppen zumindest bislang zum Ausgleich ihrer „Schwäche“ keine Mobilisierung und Erhebung der Bevölkerungsmehrheit zu ihren Gunsten erreichen konnten, obwohl sie zu Beginn ihrer Aktionen auf die Mobilisierung breiter Unterstützung in der Bevölkerung abzielten, um den Sturz des jeweiligen Regimes herbeiführen zu können. Religionsmoralische Begründungen und Rechtfertigungen für Gewalt unterstützen wesentlich die Bereitschaft der Gruppenmitglieder zur Unbeugsamkeit gerade auch unter widrigen Umständen und fördern, wenn der gewünschte Erfolg ausbleibt, Tendenzen zur physischen Vernichtung aller, die nicht dieselben Positionen vertreten und tatkräftig unterstützen.

Dies gilt auch für die Auseinandersetzung *innerhalb* der Gruppen selbst, wo diejenigen, die von der Hauptströmung abweichende Auffassungen vertreten, physisch liquidiert werden; Beispiele liefern die Flügelkämpfe innerhalb der algerischen GIA 1994 und 1995. Die Taktik der Bombenanschläge, bei denen die Opfer nicht mehr spezifizierbar sind, steht in der genannten Logik des generalisierten Terrors. Besonders in Algerien ist seit 1994 der Bombenterror zur wichtigsten Waffe der GIA geworden, wobei allein die Bombe vor dem Polizeihauptkommissariat in Algier am 30. Januar 1995 42 Tote forderte, ohne daß von seiten des Auslandes ein Terrorgipfel befürwortet worden wäre, wie algerische Kritiker des Sharm-al-Shaikh-Gipfels bitter bemerkten.

Die strukturellen Veränderungen terroristischer Gruppen stehen ferner in Zusammenhang mit den Veränderungen des nationalen Umfeldes. Jene durch terroristische Aktionen ausgelösten Veränderungsprozesse beruhen auf der Umfeldinteraktion. Spricht sich z. B. die Bevölkerung mehrheitlich (wie in einigen Staaten Nordafrikas und des Nahen Ostens in

den neunziger Jahren geschehen) für ein Ende der Gewalt aus, tritt – gesamtgesellschaftlich gesehen – eine Marginalisierung der Gewaltbefürworter und der gewaltausübenden Gruppen ein. Angesichts eines solchen politischen Fehlschlags der terroristischen Aktionen, die somit weder durch den Schockeffekt Handlungsdruck zu Gunsten der terroristischen Gruppen bewirkten, noch den Aufbau einer islamistischen Guerilla förderten, vollzog sich meist eine Radikalisierung der in ihrer Umwelt relativ marginalisierten terroristischen Gruppen.

Eine solche Entwicklung war in Algerien nach den Präsidentschaftswahlen vom 16. November 1995 zu beobachten; diese Wahlen waren als „Votum für den Frieden“ auch seitens der bewaffneten Gruppen nicht mißzuverstehen. Jeweils ein harter, zahlenmäßig nicht unbedingt kleiner „Kern“ radikalisiert sich in der Regel unter solchen Umständen und streut gleichzeitig auch die Angriffsziele, d. h. er versucht, die Zahl der Opfer durch die Art der Anschläge zu erhöhen, während ein Teil der Mitglieder die staatlichen Angebote zur Gnade (*rahma*) annehmen und zur Aufgabe des Kampfes bereit sein kann. Auch hierfür gibt es in Ägypten und Algerien Beispiele.

Gewaltbereite Gruppen in zahlreichen Staaten Nordafrikas und des Nahen Ostens rekrutierten sich seit Mitte der achtziger Jahre überwiegend aus der islamistischen Bewegung und entwickelten sich seit Anfang der neunziger Jahre zum konkreten inneren Sicherheitsproblem oder wurden seit diesem Zeitpunkt als latentes Sicherheitsproblem wahrgenommen. Die terroristischen Aktionen der bewaffneten Gruppen richteten sich in den neunziger Jahren zunächst gegen die Herrschaftsträger, die Mitglieder der Sicherheitsorgane, sonstige Staatsrepräsentanten bis zum einfachsten Staatsangestellten und gegen staatliche Einrichtungen (in Algerien inklusive Schulen); gezielte Aktionen galten/gelten ferner Gegnern islamistischen Gedankengutes, darunter zahlreiche Intellektuelle und Medienrepräsentanten.

Schließlich wurden durch Bombenanschläge alle Staatsbürger zum Ziel terroristischer Akte. Speziell Ausländer (Touristen in Ägypten ab Herbst 1992; Algerien ab Herbst 1993) dienten als Ziel von Anschlägen, um ausländische Staaten zum Abbruch ihrer Beziehungen und zur Einstellung ihrer Unterstützung zu veranlassen. In einem letzten Stadium wurden dann Bürger europäischer Staaten (sowie der USA) auf ihrem eigenen Staatsterritorium durch terroristische Akte zum Opfer. Der Anschlag auf das World Trade Center in New York im Februar 1993 und die Metroanschläge in Paris im Sommer 1995 sind hierfür die gravierendsten Beispiele.

Hinzu kommen die terroristischen Anschläge jüdischer Extremisten auf Landsleute, wie auf den israelischen Ministerpräsidenten Rabin am 4. November 1995, und gegen Palästinenser (z. B. der Anschlag auf eine Moschee in Hebron am 25. Februar 1994). Diese Anschläge werden wie die sich seit Anfang 1996 verstärkenden terroristischen Anschläge islamistisch-orientierter palästinensischer Grup-

pen gegen die israelische Bevölkerung aus der Überlegung heraus geführt, damit den Nahostfriedensprozeß zum Scheitern bringen zu können. Das sichtbar gewordene Ausmaß der transnationalen Kontakte und der internationalen Vernetzung terroristischer Gruppen in den neunziger Jahren ließen sowohl den tunesischen Präsidenten *Ben Ali* als auch den ägyptischen Präsidenten *Mubarak* mehrmals in jüngster Zeit, zuletzt im März (bezogen auf den islamistisch-orientierten Terrorismus) von einem „globalen Phänomen“ sprechen. Zugleich kritisierten beide Präsidenten, daß europäische Staaten „Extremisten“ zu große Freizügigkeit einräumen und zu voreilig politisches Asyl gewähren würden.

Neue Chancen für eine Kooperation im Sicherheitsbereich

Die innenpolitischen Veränderungen in den arabischen Staaten des Mittelmeerraumes und die weltpolitischen Entwicklungen seit Beginn der neunziger Jahre (u. a. Aufhebung der Bipolarität Ost-West mit der Folge einer neuen strategischen Gewichtung der Staaten des Mittelmeerraumes durch die Großmächte) führten zu Umfeldveränderungen, die bei zahlreichen arabischen Staatsführungen Rückwirkungen auf das Verhältnis zur Gewalt als (außen-)politisches Mittel hatten. Die Annäherung zwischen Israel und der PLO eröffnete neue Chancen für eine regionale (inner-arabische) Annäherung einschließlich einer Kooperation im Sicherheitsbereich. Die Mehrzahl der arabischen Staatsführungen, mit innenpolitischen Problemen und ihrer Bewältigung belastet, stützt die Friedensinitiativen in Nahost und tritt für eine Verhandlungslösung ein, wenngleich nicht alle (wie z. B. Libyen, Syrien) das Oslo-II-Abkommen befürworten. Es ist jedoch diese gewandelte Umwelt, die zahlreiche arabische Staaten zur Rettung des Nahostfriedensprozesses mobilisiert hat.

Der direkte Auslöser für die von US-Präsident Clinton und dem israelischen Ministerpräsidenten Shimon Peres geplante „Internationale Konferenz gegen Terror“ waren die zwischen dem 25. Februar und dem 4. März von palästinensischen Attentätern (Hamas-Mitgliedern) verübten fünf Sprengstoffanschläge, die über 60 Tote und Dutzende von (Schwer-)Verletzten forderten. Wegen der negativen Rückwirkung auf den Fortgang des Nahostfriedensprozesses rückte indes das auslösende Moment für die Konferenz, nämlich gegen den Terrorismus ein Zeichen zu setzen und die dringliche antiterroristische Kooperation zu stärken, ins zweite Glied gegenüber dem umfassenderen Ziel der Sicherung des Friedensprozesses („Konferenz der Friedensstifter“). Diese Gewichtsverlagerung war Resultat arabischer, insbesondere ägyptischer Bemühungen, weil die arabischen Regierungen bei einer zu starken Konzentration auf reine Terrorismus- und Sicherheitsaspekte die Interessen der arabischen Staaten am Fortgang des Friedensprozesses und der

Lösung der politischen und ökonomischen Probleme in den palästinensischen Selbstverwaltungsgebieten vernachlässigt sahen. Eine Konzentration auf den Terrorismusaspekt allein hätte zudem wegen definitorischen Divergenzen (Terrorismus; legitimer Widerstand; Staatsterrorismus) und der von Syrien geforderten Behandlung des israelischen Staatsterrorismus in eine Sackgasse geführt.

Der ägyptische Präsident Mubarak, zusammen mit Präsident Clinton Gastgeber der kurzfristig für den 13. März 1996 in Sharm al-Shaikh einberufenen Gipfelkonferenz, brachte diese Vorbehalte auf einen Nenner, als er formulierte, daß „der Terrorismus nur einen Teilaspekt der Probleme in der Region“ darstelle. Diese Öffnung der Thematik verhinderte eine den Dialog blockierende Kontroverse um Definitionen. Im Gegensatz dazu konzentrierte sich der israelische Ministerpräsident unter dem Druck der israelischen Bevölkerung, für die nach den verheerenden Anschlägen „Sicherheit“ vor dem planmäßigen Fortgang des Friedensprozesses rangiert, weitaus stärker auf den Terrorismuskomplex und mögliche Gegenmaßnahmen. „Der Terrorismus hat einen Namen und eine Adresse“, so das wichtigste Element der Aussage von Ministerpräsident Peres, der als einer der wenigen Teilnehmer konkret wurde und den Iran anprangerte, explizit Teheran als „Hauptstadt des Terrors“ bezeichnete.

Am Gipfel nahmen die Präsidenten/Regierungschefs bzw. Außenminister aus 29 Staaten sowie UNO-Generalsekretär *Butros Ghali* teil (Syrien und der Libanon blieben trotz Einladung fern, der Irak, Iran, Libyen und der Sudan waren nicht eingeladen worden), wobei die Erklärungen der Delegationschefs sowie die nachfolgenden Kommentare in der jeweiligen nationalen Presse die unterschiedlichen Positionen verdeutlichten. Die *Schlußerklärung des Gipfels*, über deren Formulierungen bis zuletzt verhandelt wurde, spiegelt beide Anliegen wider und ist ein Kompromiß, weil der Text als die drei Hauptzielsetzungen 1. die Förderung des Friedensprozesses, 2. die Erhöhung der (regionalen) Sicherheit und 3. den Kampf gegen Terrorismus nennt. Den drei Hauptzielsetzungen sind jene sechs Beschlüsse zuordenbar, die den Schlußteil der Erklärung ausmachen; so lassen sich die beiden Beschlüsse zur Unterstützung der palästinensisch-israelischen Abkommen einschließlich der Berücksichtigung der drängenden wirtschaftlichen Hilfsmaßnahmen zugunsten der Palästinenser und der Aufruf zur Fortsetzung des Nahostfriedensprozesses bis zur Erzielung einer umfassenden Regelung der ersten Zielsetzung zuordnen, während sich der Aufruf zur Verbesserung der Sicherheitslage und der Stabilität in der Region durch „effektive und praktische Zusammenarbeit“ und fortgesetzte (Auslands-)Hilfe auf die zweite Zielsetzung bezogen.

Die drei Beschlüsse zum Kampf gegen Terrorismus zeigen hingegen deutlich die Handschrift Israels. Die Maßgabe, „maximale Anstrengungen darauf zu verwenden, die Finanzierungsquellen dieser (terroristischen) Gruppen zu identifizieren und zu bestimmen“, ist allerdings nur einer

der fünf Aspekte, den die im sechsten Beschluß befürwortete Arbeitsgruppe zur Optimierung der Terrorismusbekämpfung bearbeiten und in konkrete Einzelmaßnahmen umsetzen soll. Diese überwiegend aus Geheimdienstmitarbeitern gebildete Arbeitsgruppe, die innerhalb von 30 Tagen ihre Empfehlungen ausarbeiten und einer Sharm-al-Shaikh-Folgekonferenz vorlegen sollte, hatte sich neben der Identifizierung der Finanzierungsströme zugunsten terroristischer Gruppen mit vier weiteren Aspekten zu befassen: Der Identifizierung terroristischer Gruppen/Organisationen, der Lokalisierung der Organisationen, der Lokalisierung der Ausbildungslager terroristischer Organisationen (vor allem im Südlibanon, in Iran und im Sudan) und der Festlegung von Maßnahmen, um zu vermeiden, daß terroristische Organisationen in ihren Aufnahmeländern eine wohlwollende Medienöffentlichkeit erhalten.

Die erste Sharm-al-Shaikh-Folgekonferenz fand Ende März in Washington statt, wobei bislang nur wenige Informationen über konkrete Einzelmaßnahmen der Terrorismusbekämpfung nach außen gedrungen sind. Für Aufsehen sorgte aber das von US-Außenminister Christopher verkündete wirtschaftliche Hilfsprogramm für die Palästinenser, bedeutete dies doch eine Modifizierung der ursprünglich von den USA und Israel anvisierten reinen Antiterrorismusstrategie. Dies war eine Reaktion auf die europäische und palästinensische Kritik, über den Kampf gegen den Terrorismus,

für den die USA kurzfristig Israel 100 Mio. \$ zur Verfügung stellten, nicht den Kampf gegen dessen sozioökonomische Ursachen zu vergessen. Gerade dieser letzte Aspekt fand in zahlreichen Kommentaren zum Sharm-al-Shaikh-Gipfel, die in der arabischen Presse erschienen, Aufmerksamkeit. Exemplarisch sei auf den Leitartikel von *Kamal Jamai* in der marokkanischen Tageszeitung „L'Opinion“ (13.3.1996) verwiesen, wo es heißt, daß „der Kampf gegen den Terrorismus in erster Linie eine Aufgabe der wirtschaftlichen Entwicklung“ sei. Dabei geht es aber nicht nur um die grundsätzliche Hilfe zum Aufbau der palästinensischen Gebiete – von der Infrastruktur, dem Wohnungsbau über den Ausbau des Bildungs- und Gesundheitswesens bis zur Schaffung von Arbeitsplätzen –, sondern auch um den Ausgleich jener negativen Effekte, die durch die Abriegelung des Westjordanlandes durch Israel entstanden sind.

Das Jahr 1996 ist deshalb in der Tat – der Rede des französischen Staatspräsidenten Chirac bei seinem Besuch in Kairo am 8. April zustimmend – das „entscheidende Jahr“ des Friedensprozesses, weil sich zeigen wird, ob Friedensgegner oder Friedensstifter den Sieg davontragen werden. Die Gipfelkonferenz von Sharm al-Shaikh verdeutlichte hierbei die neue Konfliktlinie, die nicht mehr zwischen Arabern und Israelis, sondern zwischen jenen Arabern wie Israelis verläuft, die den Frieden wollen, und jenen, die ihn ablehnen.

Hanspeter Mattes

„Unbefangenes Interesse“

#335

Fragen zur religiösen Landschaft in Ostdeutschland an den Dresdner Theologen Albert Franz

Die atheistische Staatsideologie war zumindest formal ein wesentliches Charakteristikum der ehemaligen DDR. Wie sehr diese die heutige religiöse Landschaft in den neuen Bundesländern prägt, mit welcher Haltung oder auch Erwartung Menschen, die weitgehend areligiös sozialisiert sind, Christentum und Kirche begegnen – dies fragten wir Professor Albert Franz, seit drei Jahren Inhaber des Lehrstuhls für Systematische Theologie am Institut für Katholische Theologie der Technischen Universität Dresden. Die Fragen stellte Alexander Foitzik.

HK: Herr Professor Franz, in nüchternen Zahlen ist die religiöse Landschaft in den neuen Bundesländern schnell beschrieben: über 60 Prozent Konfessionslose, 52 Prozent bezeichnen sich in Umfragen als areligiös. Nur etwa fünf Prozent sind Katholiken, kirchlich aktive Protestanten gibt es auch nicht sehr viel mehr. Wie stellt sich die hinter solchen Zahlen stehende Wirklichkeit im ganz konkreten Alltag dar?

Franz: Der konkrete Alltag ist hier sehr stark von einer beinahe selbstverständlichen Nichtkirchlichkeit geprägt. Die

Existenz der Kirche bzw. der Kirchen wird von der Mehrheit kaum mehr wahrgenommen. Daß Ostern ein christliches Fest ist, spielt z. B. praktisch keine Rolle. Doch ist Nichtkirchlichkeit keinesfalls Antikirchlichkeit. Von Gott, Glaube und Christentum mußten sich viele noch gar nicht distanzieren, weil das für sie von vorneherein außerhalb der eigenen Realität liegt. Umgekehrt ist bei praktizierenden Kirchgängern das Bewußtsein sehr stark, eine Minderheit zu sein. In den DDR-Zeiten haben sie die Kirche offensichtlich als eine Nische mit starkem Innenleben erfahren, vor allem geprägt durch ein starkes Zusammengehörigkeitsgefühl.